



NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 18.08.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 19:20



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Höhlinger

Vertretung für Frau Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Hermann Demmerle

Magdalena Schwarzmüller

Vertretung für Herrn Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertretung für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

ab 17:10 Uhr; TOP 6 Ö

FDP

Jochen Silbernagel

Die LINKE



Bastian Stock

ab 17:17 Uhr; TOP 6 Ö

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark

Hauptamt

Martin Messemer

Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung

Stefan Joritz

Rechtsamt

Claus Eisenstein

Jugendamt

Schriftführer/in

Marc Siener

Entschuldigt

CDU

Susanne Burgdörfer

vertreten durch Frau Höhlinger

SPD

Armin Schowalter

vertreten durch Frau Schwarzmüller

AfD



Christian Gies

vertreten durch Herrn Herrmann



Der Vorsitzende entschuldigte Herrn Oberbürgermeister Hirsch und Herrn Beigeordneten Grassmann für die heutige Sitzung.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters; Fortschreibung
Vorlage: 100/318/2020
3. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)
Vorlage: 240/124/2020
4. Änderung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: 300/020/2020
5. Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als
Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs-
und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR
Vorlage: 320/018/2020
6. Baumschutzsatzung für die Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 350/168/2020
7. Auftragsvergabe „Lose Sportgeräte für die Sporthalle West“
Vorlage: 400/165/2020
8. Bericht zur Pflegestrukturplanung
Vorlage: 500/051/2020
9. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans 2020
Vorlage: 510/083/2020
10. Kita-Zukunftsgesetz -Verwendung des Sozialraumbudgets in Landau in der
Pfalz-
Vorlage: 510/084/2020
11. Kauf und Einführung des Programmes PROSOZ 14Plus im Jugendamt
Vorlage: 510/086/2020
12. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zum Ausbau der Eutzinger
Straße und Schlachthofstraße



Vorlage: 660/235/2020

13. Aussetzung der Parkraumbewirtschaftung auf dem Alten Meßplatz
Vorlage: 660/236/2020
14. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Jahresabschluss 2019
Vorlage: 810/048/2020
15. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Entlastung von Geschäftsführung und
Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: 810/049/2020
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters; Fortschreibung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 20. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Übersicht wurde für das Jahr 2020 fortgeschrieben.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 23. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt

1. der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zu.
2. der Vermittlung der Spenden im Zusammenhang mit dem Ausfall der Landauer Meisterkonzerte (Schenkung von Abogebühren) aufgrund der Corona-Pandemie an die Deutsche Orchester-Stiftung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 6. August 2020 auf die verwiesen wird. Die Straßenreinigungssatzung werde durch den Beschluss formell angepasst. Der Verwaltungsrat EWL würde am 25. August 2020 über die Satzungsänderung beraten.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 12. August 2020 auf die verwiesen wird. Die Bündelung der Aufgabe wäre wegen der geringen Zahl an Fundfällen beim EWL sinnvoll. Der Aufsichtsrat EWL hätte der Sitzungsvorlage bereits am 13. Mai 2020 zugestimmt.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat erteilt die Zustimmung zum Abschluss der beigefügten Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben als Fundbehörde zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Baumschutzsatzung für die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 16. Juli 2020 auf die verwiesen wird. Er informierte über redaktionelle Anpassungen in der Anlage zur Sitzungsvorlage. Die Satzung bleibe inhaltlich unverändert.

Beigeordneter Hartmann bedankte sich bei Herrn Klemm, der in seiner Zeit als Beigeordneter die Ausarbeitung der Baumschutzsatzung angestoßen hatte. Nach verwaltungsinternem Beratungsbedarf könnte endlich der Beschluss zum Erlass der Satzung gefasst werden. Die Baumschutzsatzung sei für das Stadtklima, die Stadtökologie und in Hinblick auf die Klimaanpassung von großer Bedeutung. Die Satzung regelt zudem den Baumschutz auf privaten Grundstücken. Der Baumbestand sei im Stadtgebiet auf über 38.000 Bäume angewachsen. Die Baumschutzsatzung und das Klimaanpassungskonzept werden fachlich in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses beraten. Ziel sei der Erlass der Baumschutzsatzung bis zum Beginn der neuen Vegetationsperiode im Oktober 2020. Während die Satzung in Kaiserslautern das Ziel der Stadtbildpflege verfolge, werde die Landauer Satzung zum Klimaschutz und Klimaanpassungskonzept erlassen. Insgesamt sei die Baumschutzsatzung ein wichtiger Schritt für die Zukunft.

Der Vorsitzende wies nochmals auf die Notwendigkeit einer baldigen Beschlussfassung hin.

Ratsmitglied Follmann war zufrieden, dass die jahrelangen Forderungen der Landesverbände endlich umgesetzt werden. Die Stadtbäume werden zwingend für ein gutes Stadtklima benötigt. Sie dankte dem früheren und neuen Umweltdezernenten für die Ausarbeitung.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck sah ebenfalls die Notwendigkeit für den Erlass dieser Satzung. Die Regelungen zu den Bäumen im privaten Bereich seien von großem Vorteil.

Ratsmitglied Demmerle begrüßte die Vorlage. Er appellierte daran, dass die Fachabteilung die Hinweise von Herrn Dumröse annehme. Beispielsweise seien die Kübel der Bäume in der Königstraße zu klein für diese Baumart.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte an den ehemaligen Beigeordneten und Umweltdezernenten Herrn Rudi Klemm, der diese Satzung mit auf den Weg gebracht habe. Damals habe die CDU-Stadtratsfraktion den Erlass nicht unterstützt.

Ratsmitglied Herrmann berichtete, dass er bereits über 100 Bäume gepflanzt hätte. Die Pflanzen und Bäumen müssten geschützt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl machte auf den Antrag von der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zu diesem Thema aufmerksam. Die Satzung sei in Verbindung mit dem Klimanotstand sinnvoll. Die großen Bäume müssten wegen deren Bedeutung für die Stadt und das Klima geschützt werden. Nach ihrer Information habe die Stadt Kaiserslautern erst im vergangenen Jahr eine Baumschutzsatzung verabschiedet. Die Landauer Satzung hätte den Vorteil, dass auch die privaten Bäume von der Satzung erfasst werden. Weitere fachliche Details könnten im Umweltausschuss diskutiert werden. Sie plädierte für eine schnelle Verabschiedung der Baumschutzsatzung.



Ratsmitglied Silbernagel befürwortete die Satzung. Sie sei Grundvoraussetzung für den Klimaschutz.

Ratsmitglied Stock sprach im Namen der Linken-Stadtratsfraktion die Zustimmung aus.

Beigeordneter Hartmann nahm zu den Ausführungen Stellung. Die Stadt habe in den letzten 12 Monaten genauso viele Bäume wie in den vergangenen fünf Jahren gepflanzt. Die Fraktionen sollen Änderungswünsche konkret formulieren, damit die Verwaltung Stellung beziehen könnte. Die Grundstruktur der Satzung in Kaiserslautern wurde vor 30 Jahren erstellt. Seither wurden nur kleinere Anpassungen vorgenommen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Baumschutzsatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Auftragsvergabe „Lose Sportgeräte für die Sporthalle West“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 6. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind. Mit der Zustimmung des Gremiums könnte der Auftrag erteilt werden. Die Lieferzeit würde ungefähr sechs Wochen betragen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für die Beschaffung der losen Sportgeräte für die Sporthalle West ist an die Firma Fratufa GmbH & Co.KG, Frankenthal, zum Preis von 64.585,47 € incl. 16 % MWSt. zu vergeben. Der Wartungsvertrag für 4 Jahre zum Preis von 2.856,00 € incl. 19% MWSt. soll ebenfalls an die Firma Fratufa GmbH & Co.KG, Frankenthal, vergeben werden



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Bericht zur Pflegestrukturplanung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 8. Juni 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Sozialausschuss, in dem das Beratungsbüro die Ergebnisse vorgestellt hatte, habe dem Ergebnis bereits zugestimmt. Alle 2 Jahre würde der Bericht fortgeschrieben werden. Es sei festzustellen, dass sich die Bedürfnisse im Bereich der Pflege im Wandel befinden würden. Die Handlungsempfehlungen wurden in zehn Punkten zusammengefasst. Insgesamt konnte ein gutes Ergebnis festgestellt werden.

Ratsmitglied Lerch erkannte die Bedeutung der Pflegestruktur für die Gesellschaft. Es wäre sinnvoll den Ist-Zustand zu ermitteln, um daraus Prognosen ableiten zu können. Die Situation um die personelle Kapazität des Pflegestützpunktes in Landau sei unbefriedigend. Er fragte nach den städtischen Bemühungen diese Situation zu ändern.

Der Vorsitzende habe sich bereits an das Sozialministerium gewandt. Im Land gebe es nur eine bestimmte Anzahl an Pflegestützpunkten. Er versprach, dass die Stadt sich weiter um dieses Thema bemühe.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass die Problematik schon länger bekannt wäre und sich seitdem nichts geändert hätte. Die Stadt dürfe nicht auf Dauer in Stich gelassen werden.

Ratsmitglied Saßnowski erfreute sich über die Fülle der Daten. Im nächsten Bericht könnte mehr über die ambulante Pflege informiert werden. Die genauen Rahmenbedingungen seien nicht bekannt.

Ratsmitglied Schwarzmüller unterstrich die Bedeutung des Themas. Die Ausführungen wurden im Sozialausschuss ausführlich erörtert. An der Grundproblematik müsste die Stadt weiterarbeiten.

Ratsmitglied Freiermuth verwies auf die Corona Pandemie. Die Sondersituation hätte die Probleme in der Pflege, insbesondere die Abhängigkeit von ausländischen Pflegekräften, aufgezeigt.

Ratsmitglied Herrmann befürchtete, dass die Zahl der fehlenden Pflegekräfte zukünftig noch größer werde. Er fragte sich, wie dieser Fehlbestand aufgeholt werden könnte. Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde den Pflegekräften eine Ausgleichszahlung versprochen. Nach seinen Informationen hätten 70 bis 80 Prozent der Pflegekräfte bisher noch keine Zahlung erhalten.

Ratsmitglied Dr. Migl wies auf die große Problematik hin. Die Sitzungsvorlage würde die Prioritäten nicht deutlich genug aufzeigen. Sie fragte, wie die Stadt den notwendigen Personalkräftezuwachs im Bereich der Pflege erreichen will.

Ratsmitglied Silbernagel fand die Dokumentation der Informationen wichtig. Der Bericht könnte als Leitfaden dienen. Ein Pflegefall in der Familie sei äußerst belastend. Der Bericht sei der erste Schritt in die richtige Richtung. In den nächsten Jahren müsse der Bericht fortgeschrieben werden.



Ratsmitglied Stock erkannte das Grundproblem des demographischen Wandels. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen sei wichtig.

Der Vorsitzende erläuterte die Vorgehensweise. Die Grundidee war zunächst, den Ist-Zustand zu ermitteln und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Es sei grundsätzlich die Errichtung vieler Pflegeheime möglich, jedoch müssten die Arbeitsbedingungen attraktiv bleiben. Er dankte der großartigen Arbeit der Pflegekräfte und allen, die sich im Rahmen des Berichts eingebracht haben.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Bericht zur Pflegestrukturplanung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt die aus den Handlungsempfehlungen und dem prognostizierten steigenden Personalbedarf in der Pflege resultierenden zehn Arbeitsaufträge umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 27. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Jugendhilfeausschuss habe in seiner Sitzung am 18. Juni 2020 bereits einstimmig zugestimmt.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, wie die Stadt die 180 noch fehlenden Plätze bereitstellen möchte.

Berichterstatter Eisenstein informierte über eine gute Infrastruktur im Bereich Kindertagesstätten. Der fehlende Bedarf könne durch die Erweiterung bestehender Einrichtungen ausgeglichen werden. Durch bereits begonnene Maßnahmen könnten 100 weitere Plätze geschaffen werden. Wegen zurückgehenden Zuwanderungszahlen werden die Plätze wohl nicht dauerhaft benötigt. Um Überkapazitäten zu vermeiden, werde der Kindertagesstättenbedarfsplan jährlich fortgeschrieben.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte ebenfalls Mängel bei der Schulkinderbetreuung fest.

Berichterstatter Eisenstein bestätigte den Stellenwert der Kinderbetreuung an Grundschulen. Dies habe nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Die Themenschwerpunkte wurden priorisiert. Höchste Priorität bestand bei den Kindern zwischen 0 und 6 Jahren, da für deren Betreuung ein gesetzlicher Anspruch bestehen würde. Als nächste Aufgabe werde versucht das Schulkinderangebot zu verbessern.

Ratsmitglied Lerch berichtete, dass Landau in den vergangenen Jahren im Bereich der Kinder unter 3 Jahren bestens aufgestellt war. Er fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Berichterstatter Eisenstein informierte, dass die derzeitige Planung fast 100 Prozent des Bedarfes abdecken würde. Die Plätze seien auch zu 98 Prozent ausgelastet. Jedoch würde der Rechnungshof eine Deckung von 80 Prozent empfehlen.

Ratsmitglied Lerch konnte die Empfehlung des Rechnungshofes nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende versicherte sich an der Realität zu orientieren. Er dankte den Beteiligten für die Ausarbeitung.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes vom 01. März 2020 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Kita-Zukunftsgesetz -Verwendung des Sozialraumbudgets in Landau in der Pfalz-

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 27. Mai 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Jugendhilfeausschuss habe der Sitzungsvorlage einstimmig zugestimmt.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das der Stadt Landau mit Inkrafttreten des Kita-Zukunftsgesetz zur Verfügung gestellte Sozialraumbudget entsprechend den Verteilungskriterien des Jugendamtes zu verwenden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Kauf und Einführung des Programmes PROSOZ 14Plus im Jugendamt

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 22. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Mit der Einführung eines IT-Fachverfahrens sei man der Empfehlung des Rechnungshofes gefolgt. Aufgrund der Synergieeffekten sei dies ein sinnvoller Vorschlag gewesen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz erwirbt für die Bereiche Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften und im Bereich der Jugendhilfeplanung das Programm „PROSOZ 14plus“ und führt dies zu Beginn des Jahres 2021 ein.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zum Ausbau der Eutzinger Straße und Schlachthofstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Infrastruktur vom 1. Juli 2020 auf die verwiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Jahr 2020 zum Ausbau der Eutzinger Straße im PK 5410 096356 in Höhe von 600.000 € wird zugestimmt. Im Nachtragshaushalt erfolgt ein Mittelausgleich für das Jahr 2020. Im Haushaltsjahr 2021 reduziert sich der Ansatz um den gleichen Betrag.
2. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Jahr 2020 zum Ausbau der Schlachthofstraße im PK 5410 096355 in Höhe von 235.000 € wird zugestimmt. Im Nachtragshaushalt erfolgt ein Mittelausgleich für das Jahr 2020. Im Haushaltsjahr 2021 reduziert sich der Ansatz um den gleichen Betrag.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Aussetzung der Parkraumbewirtschaftung auf dem Alten Meßplatz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung vom Mobilität und Infrastruktur vom 27. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann informierte über die Maßnahme im Bereich Mobilität, die jedoch als wirtschaftspolitische Maßnahme zu sehen sei. Die Parkraumanalyse hätte gezeigt, dass der Parkplatz „Alter Meßplatz“ nur an den Markttagen stark ausgelastet sei. Normalerweise läge die Auslastung auf dem Alten Meßplatz bei 70 Prozent. Die Kombination zwischen der Aussetzung der Parkgebühren und des Altstadt-Shuttle sei eine sinnvolle Maßnahme zur Wirtschaftsförderung.

Ratsmitglied Freiermuth sieht die Maßnahme wegen des Einnahmeverlustes kritisch. Im Hinblick auf den Einzelhandel, insbesondere wegen Fachmarktzentrum Rohrbach, werde er der Sitzungsvorlage dennoch zustimmen. Die Fraktion wäre ein kritischer Begleiter des Shuttle.

Ratsmitglied Albrecht betonte die Bedenken der SPD-Fraktion, da durch die Maßnahme falsche Anreize gesetzt werden. Bereits vor der Corona-Pandemie sei die Situation des Einzelhandels wegen des Onlinehandels angespannt gewesen. Die politischen Ziele dürften nicht wegen der Corona-Situation geändert werden. Durch die Aussetzung der Parkgebühren werden die Menschen dazu eingeladen, mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren. Unter der Prämisse Umweltschutz wäre dies unsinnig. Die SPD wäre bereits hinsichtlich des Altstadt-Shuttle kritisch gewesen. Der neue Messplatz wäre als Parkmöglichkeit aus verschiedenen Aspekten sinnvoller gewesen. Die SPD-Fraktion sehe die Maßnahme als keine geeignete Maßnahme, um den Einzelhandel wieder zu beleben.

Ratsmitglied Demmerle erinnerte an die Sitzung des Stadtrates im März 2020, bei der unter anderem die Erhebung der Parkgebühren beschlossen wurde. Die Aussetzung der Parkgebühren am vergangenen Samstag sei rechtswidrig, da es keine Rechtsgrundlage gebe. Kein Gremium habe hierfür die Legitimation erteilt. Durch das zusätzliche Bewerben dieser Maßnahme wären die Gremien unter Zugzwang geraten. Es wären noch einige finanzielle Fragen, wie z.B. die Kompensation der Maßnahme oder die Auswirkungen auf die KEF-Vertrag, offen. Bei einer Aussetzung verlangte er die ausreichende Kennzeichnung der Parkautomaten. Die SPD-Fraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erachtete die Maßnahme als Tropfen auf den heißen Stein. Auch ihre Fraktion habe die Maßnahme kritisch hinterfragt und sei zu dem Entschluss gekommen, die Maßnahme zu unterstützen. Dem Einzelhandel würde es äußerst schlecht gehen. Sie griff die Idee aus dem Ältestenrat auf, auch auf dem Weißquartierplatz kostenfreies Parken anzubieten. Sie fragte nach, zu welchem Ergebnis die zugesicherte Prüfung geführt hätte.

Beigeordneter Hartmann nahm zu den Ausführungen Stellung. Die Aussagen von Frau Dr. Migl hätten die Anschuldigen von Herrn Demmerle widerlegt, dass die Maßnahme ohne Beteiligung der Gremien eingeführt wurde. Bei der Ankündigung der Maßnahme im Ältestenrat habe keine Fraktion ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht. Der Stadtvorstand hätte, entsprechend seiner Befugnis, die Einzelmaßnahme des kostenfreien Parkens am vergangenen Samstag entschieden. Daher wäre die Maßnahme



weder rechtswidrig, noch wurden die Gremien untergraben. Der Weißquartierplatz wurde aus verkehrspolitischen Gründen nicht mit in die Maßnahme aufgenommen. Die Parkraumanalyse habe den Weißquartierplatz der höchsten Auslastungskategorie zugeordnet. Die finanziellen Auswirkungen könnten der Sitzungsvorlage entnommen werden. Im Schnitt werden pro Samstag auf Einnahmen in Höhe von 2.500 Euro verzichtet. Das Bewerben einer neuen Maßnahme wäre die gewöhnliche Vorgehensweise. Die Einbindung des neuen Messplatzes in die Route des Altstadt-Shuttle wurde aus fachlicher Sicht mehrfach abgelehnt. Viele Menschen würden seit langem wieder einen Bus benutzen. Wenn das Gremium dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, könnte an den künftigen Samstagen eben nicht kostenfrei geparkt werden.

Ratsmitglieder Höhlinger war irritiert über die Haltung der SPD-Fraktion. Die CDU-Fraktion begrüße die Maßnahme, die ein Zeichen für den Einzelhandel und die Gastronomie wäre. Die Maßnahme könnte nach der Testphase bewertet werden. Die Auswirkungen, die sich aus dem Einbruch der Gewerbesteuer ergeben würden, wären weitaus schlimmer.

Ratsmitglied Saßnowski erläuterte die zwei Einzelmaßnahmen. Zum einen den Altstadt-Shuttle und zum anderen das kostenfreie Parken an Samstagen. Glücklicherweise würden beide Maßnahmen zur gleichen Zeit beginnen, wodurch Synergien entstehen könnten. Die Maßnahme „Altstadt-Shuttle“ wurde zum Ausgleich der innerstädtischen Parkplätze getroffen, die Maßnahme „kostenfreies Parken“ wurde zur Belebung der Innenstadt vor dem Hintergrund der Corona Pandemie getroffen. Etliche Kommentare in den sozialen Netzen würden belegen, dass die Parkgebühren ein großes Thema wären.

Ratsmitglied Schwarzmüller monierte, dass sie bereits im Ältestenrat Kritik geäußert habe. Ihrer Meinung nach sei die Maßnahme nicht zur Rettung des Einzelhandels geeignet. Zudem wurde im Ältestenrat nicht über das Vorhaben abgestimmt. Der Verkehr wäre bisher nicht weniger geworden, sondern lediglich in den äußeren Ring gedrängt worden. Im Ergebnis wäre der Verkehr derzeit eine Katastrophe. Der Weg und die Taktung des Altstadt-Shuttle wären nicht mit dem Klimanotstand vereinbar, da die Wege auch mindestens genauso gut zu Fuß zu erreichen wären. Durch den Ausruf des Klimanotstandes müssten auch Einschränkungen in Kauf genommen werden. Dem Klimanotstand kann nicht zum 0 Euro-Tarif entsprochen werden.

Ratsmitglied Silbernagel bestätigte, dass die Maßnahme im Ältestenrat ausführlich erläutert und diskutiert wurde. Der Einzelhandel wäre um jeden Kunden froh. In anderen Städten sei die Situation noch deutlich schlimmer. Wegen der coronabedingten Verlegung des Wochenmarktes würden die Menschen nicht in die Innenstadt kommen. Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen könnten sicherlich nicht allen Geschäften helfen, die Krise zu überwinden. Diese Maßnahme sei nicht nur für die Landauer Bürger, sondern auch für die auswärtigen Gäste getroffen worden. Diese Maßnahme sei ein lukratives Angebot, damit die Menschen in der Innenstadt verweilen.

Ratsmitglied Dr. Migl bestätigte, dass im Ältestenrat zwar nicht abgestimmt wurde, aber durchaus ein Konsens gefunden wurde. Das Altstadt-Shuttle könne nach drei Tagen Laufzeit noch nicht beurteilt werden. Durch die Presse und die Stadtverwaltung könnte das Shuttle noch mehr beworben werden. Die Pfeffer und Salz-Fraktion würde das kostenfreie Shuttle unterstützen. Das Shuttle könnte auch älteren und behinderten Menschen den Weg erleichtern.



Ratsmitglied Saßnowski machte die Dauer der Strecke des Altstadt-Shuttle von dem jeweiligen Gesundheitszustand abhängig. Zudem habe es schon positive Rückmeldungen von verschiedenen Einrichtungen, wie beispielsweise der Landauer Terrine, gegeben. Die Verlagerung des Verkehrs in den äußeren Ring verfolge auch das Ziel des Klimaschutzes. Auch diese Maßnahme werde Zeit, Geduld und Geld kosten.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck stimmte seinen Vorrednern zu. Sein Unverständnis beziehe sich auf die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion hinsichtlich des Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes. Mit dieser Sitzungsvorlage soll lediglich die Förderung des Einzelhandels diskutiert werden. Alles andere würde in den Zuständigkeitsbereich des Mobilitätsausschusses gehören. Die Thematik hätte im Ältestenrat trotz kritischer Stimmen eine große Zustimmung erreicht.

Ratsmitglied Schwarzmüller stellte ihre Aussagen klar. Dieses Thema wurde im Ältestenrat lediglich vorbesprochen und nicht abgestimmt. Sie habe auch in der damaligen Sitzung bereits Kritik geäußert. Das Shuttle wurde als Kompensation der wegfallenden Parkplätze eingeführt und nicht als Transportmittel der zuvor beschriebenen Personengruppen. Es würde andere, zielführendere Maßnahmen geben, um die Innenstadt zu beleben. Sie befürchte, dass die Arbeitnehmer die kostenfreien Parkplätze bereits morgens blockieren.

Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass alle anderen Fraktionen die Vorberatung bejaht hätten. Die Maßnahme wurde zudem in diversen Geschäften mittels Flyer, Plakaten oder in den sozialen Netzen beworben. Ziel sei eine neue Innenstadtmobilität zu etablieren. Die Maßnahmen müssten mindestens vier bis acht Wochen in Kraft getreten sein, bevor diese bewertet werden kann. Derzeit sei die Maßnahme nicht einmal vollständig umgesetzt worden.

Ratsmitglied Albrecht versicherte die Situation des Einzelhandels erkannt zu haben. Diese verkehrspolitische Maßnahme sei nicht dazu geeignet, den Einzelhandel zu beleben. Bei einer Beteiligung aller Fraktionen hätte es sicherlich kreativere Lösungen gegeben. Sie würde als junge politische Amtsträgerin für mehr Akzeptanz kämpfen.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Aussetzung der Parkgebühren auf dem Alten Meßplatz an Samstagen im Zeitraum vom 15. August 2020 bis 09. Januar 2021 wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Jahresabschluss 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. Juli 2020 auf die verwiesen wird.

Berichterstatter Messemer erläuterte die Eckpunkte. Es könnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 172.495,35 Euro auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Ergebnis sei erfreulich. Die Abhängigkeit von der Dividendenausschüttung der EnergieSüdwest sei ohnehin bekannt. Nicht zuletzt wegen der Corona-Pandemie läge eine spannende Zukunft vor der Stadtholding.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH,

- 1.) den Jahresabschluss 2019 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 22.818.725,34 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 172.495,35 EUR festzustellen.
- 2.) den Jahresüberschuss in Höhe von 172.495,35 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2019

Die Aufsichtsräte Jennifer Follmann, Lea Heidbreder, Susanne Höhlinger, Peter Lerch, Jochen Silbernagel und Bastian Stock waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 8. Juli 2020 auf die verwiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig bei sechs Enthaltungen den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über den Sachstand zu dem Thema „Sicherer Hafen“. Er verwies auf die heutige Pressemeldung der Stadt. Der Oberbürgermeister habe die Stadt auf Bundes- und Landesebene positioniert. Er verlas einen Auszug aus dem Schreiben des Oberbürgermeisters vom 28. Juli 2020 an das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

„Damit wollen wir einen Beitrag zur Übernahme humanitärer Verantwortung leisten.

Namens des Stadtrates bitte ich auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz sich entsprechend den vorgenannten Punkten auf der Bundesebene für eine Verbesserung der Flüchtlingssituation einzusetzen, insbesondere auch im Hinblick auf die Situation in den Flüchtlingslagern. Die Stadt Landau hat bereits in der Vergangenheit auf Bitte der ADD mehr Geflüchtete aufgenommen, als nach der landesweiten Verteilquote vorgesehen gewesen wären. Die Stadt Landau wird sich dennoch auch einer weiteren Aufnahme von Flüchtlingen nicht verschließen, wenn eine gleichmäßige Verteilung im Land sichergestellt und die Kostenträgerschaft geklärt ist.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme aus Seenot geretteten Menschen erklärt auch die Stadt Landau bis auf Widerruf die Bereitschaft der freiwilligen und überquotalen Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen im Jahr 2020 über die reguläre Verteilquote gemäß § 6 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz hinaus.

Da aktuell die allgemeine Lage von vielen Unwägbarkeiten geprägt ist und die Aufnahmefähigkeit der Stadt Landau auch von den zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten abhängt, bitten wir Sie die Zahl der in Frage kommenden Personen im Einzelfall mit uns abzustimmen.“

Er halte das Schreiben für eindeutig. Zudem würde die konkrete Zahl von aufzunehmenden Flüchtlingen von vielen verschiedenen Faktoren abhängig sein. Zwischen den Jahren 2015 und 2020 wurden 1079 Geflüchtete aufgenommen. In den Jahren 2015 und 2016 wurden 234 Personen überquotal aufgenommen. Derzeit wären noch 62 Personen überquotal in der Stadt.

Ratsmitglied Saßnowski dankte dem Vorsitzenden für die Klarstellung. Der Stadtrat habe im März 2020 beschlossen, Verantwortung für die Menschen zu nehmen. Dadurch habe Landau die Bereitschaft erklärt, mehr zu tun als die Pflicht erfordere. In Folge dessen hat der Oberbürgermeister Maßnahmen eingeleitet, um den beschlossenen Antrag umzusetzen. Seitdem seien leider noch keine Geflüchteten in Landau angekommen. Der Fehler liege bei der Bundesregierung, da der Innenminister Seehofer keine Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen will. Der Druck auf den Innenminister müsste erhöht werden. Die SPD, als Regierungspartei, könnte sich an die Bundesregierung wenden. Anders als in anderen Städten hätte auch die CDU für den Antrag gestimmt. Die Parteien sollten die Zeit nicht für gegenseitige Beschuldigungen verschwenden, sondern sich gemeinsam für Landau stark machen. Aktuell seien ca. 15.000 Geflüchtete in den Flüchtlingslagern, die ohne Probleme auf die Kommunen verteilt werden könnten. Mehr Kommunen sollten sich zum sicheren Hafen erklären und dadurch den Druck auf Herrn Seehofer erhöhen.



Ratsmitglied Schwarzmüller konnte keinen Streit zwischen den Fraktionen feststellen. Durch den erneuten Antrag der SPD-Fraktion sollte der Druck erhöht werden. Leider würden alle Mitteilungen der Stadt den Zusatz der gleichmäßigen Verteilung und der Kostenfrage beinhalten. Sie stehe in ständigem Kontakt mit der Landesregierung. Sie warb für die Unterstützung der Geflüchteten und für humanitäre Unterbringungen.

Ratsmitglied Stock folgte den inhaltlichen Ausführungen. Jedoch sollte nicht nur die SPD-Fraktion, sondern auch die CDU-Fraktion aufgefordert werden, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Ratsmitglied Dr. Migl konnte Missverständnisse feststellen. Sie habe damals bereits kritisiert, dass die Erklärung zu unverbindlich sei. Das Schreiben des Oberbürgermeisters würde Bedingungen enthalten, die eine Umsetzung verhindern oder verzögern würden. Sie verstehe nicht, dass die Regierungsparteien nicht bereits Druck auf den Innenminister erzeugt hätten. Durch die Verzögerung würden Menschen sterben.

Beigeordneter Hartmann blickte zurück auf die erste große Flüchtlingswelle im Jahr 2015. Der Oberbürgermeister, damals Bürgermeister und Sozialdezernent, habe jederzeit deutlich gemacht, alle schutzwürdigen Menschen aufzunehmen. Diese Haltung wurde von den Fraktionen nie angezweifelt. Daher könnten dem Oberbürgermeister derartige Vorwürfe nicht gemacht werden. Kommunen dürften nur mit einer rechtlichen Legitimation Geld ausgeben. Die Formulierung der Kostenträgerschaft würde lediglich ein rechtsstaatliches Verfahren fordern. Die Formulierung würde nicht bedeuten, dass die Stadt hierfür kein Geld ausgeben wolle. Die Haltung habe sich auch unter dem neuen Sozialdezernenten, Herrn Dr. Ingenthron, nicht geändert. Der Stadtvorstand wäre sich einig gewesen, keine konkrete Zahl für die aufzunehmenden Geflüchteten zu nennen. Die Stadt sei nach wie vor bereit Menschen aufzunehmen.

Der Vorsitzende dankte den Beteiligten für das engagierte Eintreten. Die Diskussion werde sicherlich auch in der Zukunft geführt.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, warum die Filiale der Sparkasse am Danziger Platz geschlossen werde. Dadurch wird der Horst infrastrukturell geschwächt. Der Sparkassenvorsitzende konnte in der letzten Sitzung Filialschließungen nicht ausschließen. Sie wollte wissen, ob und ggfls. seit wann der Stadtvorstand von diesem Vorhaben wisse.

Der Vorsitzende verneinte diese Frage. Die Entscheidung wurde einzig von der Sparkasse getroffen.

Ratsmitglied Lerch fragte, ob es einen Zusammenhang zwischen der Abmeldung der Mannschaft des Vereins Azurri Landau und der vergeblichen Initiative für den Bau eines Kunstrasenplatzes gebe.

Der Vorsitzende informierte, dass die Abmeldung der Mannschaft personellen Problemen geschuldet sei. Der Kunstrasenplatz sei, auch wegen der Corona-Pandemie, in der Warteschleife.

Beigeordneter Hartmann warb für die Teilnahme am Stadtradeln. Einige Fraktionen hätten sich bereits angemeldet.



Der Vorsitzende informierte, dass Frau Miriam Kern, auch bekannt durch das Frauenbündnis Kandel, als Förderschullehrerin an die Nordringschule versetzt wurde. Zudem würde die Sitzung des Stadtrates vom 6. Oktober 2020 auf Montag, den 5. Oktober 2020 verlegt werden. Grund war eine Kollision mit einem kulturellen Angebot in der Festhalle. Die Stadträte werden per Mail über die Verlegung informiert.



Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 18. August 2020 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 239.

Vorsitzender

Gesehen:

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Marc Siener
Schriftführer